



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales**

Frau Siemon

Telefon: (0221) 221 25001

Fax: (0221) 221 22026

E-Mail: anja.Siemon@STADT-KOELN.DE

Datum: 12.10.2021

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 06.09.2021, 17:00 Uhr bis 17:41 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Innenhof Spanischer Bau (neben dem Stadtmodell)

INFEKTIONSSCHUTZ:

Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an! Das Tragen einer medizinischen/FFP2 Maske ist vorgeschrieben!

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU
Frau Derya Karadag	GRÜNE
Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD
Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE
Herr Ulrich Wolfgang Müller	SPD
Herr Pascal Pütz	SPD
Herr Werner Marx	CDU
Herr Felix Spehl	CDU
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Volker Görzel	FDP
Herr Lars Müller	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	AfD
Herr Michael Hock	Die FRAKTION
Herr Axel Sommer	Auf Vorschlag von Grünen
Herr Cemal Salman	Auf Vorschlag von SPD

Herr Jürgen Schuiszill	CDU
Herr Sascha Korinek	Auf Vorschlag von FDP
Herr Marcel Adolf	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Alf Spröde	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Elisa Braune	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik anwesend, aber nach Rücksprache mit dem anwesenden Herrn Adolf "nur" als Gast
Frau Anna Maria Klimaszevska-Golan	Auf Vorschlag des Integrationsrates

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Frau Sarah Brunner	Auf Vorschlag von Grünen
Herr Thomas Hilden	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Eli Abeke	Auf Vorschlag der SPD
Frau Ayfer Sevim	Auf Vorschlag von SPD
Herr Aaron Appuhn	Auf Vorschlag der CDU
Herr Axel Hopfauf	Auf Vorschlag der CDU
Frau Evrum Evsin Kizilay	Auf Vorschlag der Linken
Frau Nicola Muskatewitz	Auf Vorschlag von Volt
Frau Karin Preugschat	Auf Vorschlag von GUT
Herr Stefan-Lazar Mitu	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Deborah Timm	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender
Herr Dr. med Martin Theisohn	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

- 1.1 2. Coronabericht - Auswirkungen auf die Gleichstellung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen
1995/2021
- 1.2 Jahresbericht 2020 - Gleichstellung von Frauen und Männern
2051/2021

2 Internationales

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 3.1 Beantwortung zur Anfrage AN/1437/2021 SPD Fraktion
2348/2021
- 3.2 Beantwortung der Anfrage SPD betreffend "Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021: Auswirkungen auf die Glücksspielsucht in Köln", AN/1544/2021
2955/2021
- 3.3 Beantwortung einer mündliche Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "aktuelle Situation am Kölnberg"
3081/2021

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Sachstand Projekt Personalrisikomanagement
1762/2021
- 4.2 Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 23.03.2021 „Geflüchtete aus Seenotrettung, griechischen Lagern und aus der bosnisch-kroatischen Grenzregion aufnehmen,“
2446/2021
- 4.3 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen im 1. Halbjahr 2021
2669/2021
- 4.4 Halbjahresbericht zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln
3002/2021

4.5 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 3. August 2021
2972/2021

4.6 Personalbericht 2020

(Der Personalbericht liegt als gebundene Fassung in der Sitzung aus)
3011/2021

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Anfrage der CDU betreffend "Mini-Jobs bei der Stadt Köln"
AN/1376/2021

Beantwortung der Anfrage AN/1376/2021 - Minijobs bei der Stadt Köln
2854/2021

6.2 Anfrage der SPD betreffend "Wie kann die Stadtverwaltung Arbeit im Home-office auch zukünftig ermöglichen und Flächenpotentiale nutzen?"
AN/1846/2021

Beantwortung der Anfrage AN/1846/2021
3185/2021

7 Mündliche Anfragen

7.1 Mündliche Anfrage betreffend "Eskalierende Einsätze der Ordnungskräfte"

7.2 Mündliche Anfrage betreffend "Gästeanzahl bei Trauungen"

7.3 Mündliche Anfrage betreffend "Wahlmöglichkeiten unter Quarantänebedingungen"

8 Anträge

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Neueinteilung und Umbenennung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt
Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung eines Vorschlags und einer entsprechenden Ratsvorlage durch Ratsbeschluss vom 12.12.2019
1094/2021

- 10.2 Änderung der Satzungen über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen)
1588/2021
- 10.3 Projekte im Rahmen der Klimapartnerschaft mit Yarinacocha
1687/2021
- 10.4 Schulrechtliche Änderung der drei Grundschulen Ernst-Moritz-Arndt-Schule, EGS Mainstraße 75, 50996 Köln-Rodenkirchen, Albert-Schweitzer-Grundschule, GGS Zum Hedelsberg 13, 50999 Köln-Weiß und der Brüder-Grimm-Schule, GGS Sürther Hauptstraße 149, 50999 Köln-Sürth zum Schuljahr 2022/23
2482/2021
- 10.5 Öffentliches Silvesterfeuerwerk
3047/2021
- 11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**
- 11.1 Genehmigung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 2. Halbjahr 2021
2625/2021

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 2. Coronabericht - Auswirkungen auf die Gleichstellung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen 1995/2021

1.2 Jahresbericht 2020 - Gleichstellung von Frauen und Männern 2051/2021

2 Internationales

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung zur Anfrage AN/1437/2021 SPD Fraktion 2348/2021

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.2 Beantwortung der Anfrage SPD betreffend "Gesetz zur Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages 2021: Auswirkungen auf die Glücksspielsucht in Köln", AN/1544/2021 2955/2021

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.3 Beantwortung einer mündliche Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "aktuelle Situation am Kölnberg" 3081/2021

MdR Cremer erkundigt sich, wie die Stadt mit der Rattenplage am Kölnberg umgehen wolle. Er selbst sei vor Ort gewesen und habe die Lage dort gesehen: Auf dem Kinderspielplatz am Kölnberg sei es Kindern unmöglich zu spielen, da teilweise tote Ratten auf den Wegen lägen und die Rattenlöcher überall verteilt seien. Es bestehe die Möglichkeit, dass diese Ratten Krankheiten übertragen könnten. Er bezweifle, dass dies vom Staat toleriert werden könne. Er verweist auf das Ordnungsrecht, welches die Möglichkeit eröffne, tätig zu werden. Er fragt weiter, ob diese Möglichkeit des Eingreifens in diesem Fall rechtlich ebenfalls gegeben sei und welche weiteren Pläne die Stadt – unabhängig vom Eigentümer – verfolge. . Er verweise zudem auf den Vermerk in der Vorlage, dass es ein Gespräch mit den Eigentümern gegeben habe und fragt nach, ob für die Beseitigung der Ratten ein Ultimatum an die Eigentümer gesetzt worden sei, bis die Stadt selber tätig werde.

Der Vorsitzende sagt eine schriftliche Beantwortung im Nachgang zu.

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Sachstand Projekt Personalrisikomanagement 1762/2021

MdR Dr. Krupp bedankt sich für die Mitteilung. Er führt aus, dass die Ämter, die pilotiert worden seien, wenig Publikumsverkehr hätten. Gerade dort stelle sich jedoch immer wieder die Problematik, dass aufgrund von Ausfällen die Leistung und die Erreichbarkeit eingeschränkt seien. Er will wissen, wie diese Auswahl zu Stande gekommen und wieso kein Amt mit ständigem Publikumsverkehr aufgenommen worden sei.

Der Vorsitzende sagt eine schriftliche Beantwortung im Nachgang zu..

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2 Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 23.03.2021 „Geflüchtete aus Seerettung, griechischen Lagern und aus der bosnisch-kroatischen Grenzregion aufnehmen,, 2446/2021

MdR Tokyürek führt aus, dass die Verwaltung nur zu den Ziffern 3, 6 und 7 ihre Stellungnahme mitteilte. Sie erkundigt sich zu Punkt 5, welche Maßnahmen an dieser Stelle ergriffen werden sollen und wie die Umsetzung geplant sei.

Der Vorsitzende sagt eine schriftliche Beantwortung im Nachgang zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.3 Bericht über die Entwicklung von Ausreisen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen im 1. Halbjahr 2021 2669/2021

MdR Cremer verweist auf die Anlage 1, in der die Duldungen aufgeführt seien, da er hierzu mehrere Fragen habe: Zunächst erkundigt er sich nach dem Eindruck der Verwaltung, ob die Bemühungen der zuständigen Behörden des Bundes, die Dokumente in den Heimatstaaten zu finden, ausreichend seien. Zudem erkundigt er sich, ob die Personen nach Staatsangehörigkeit gegliedert seien und aus welchen Ländern diese Personen kämen. Er bittet ferner darzulegen, was die „sonstigen Gründe“ seien, da es sich bei den „sonstigen Gründen“ um die zweitgrößte Position handele.

Der Vorsitzende sagt eine schriftliche Beantwortung im Nachgang zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis

4.4 Halbjahresbericht zur Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln 3002/2021

Der Vorsitzende teilt mit, dass erste Fortschritte gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum in Köln zu sehen seien. Es sei noch einiges an Arbeit zu investieren, doch mit den Beschlüssen zu zukünftigen Personalzusetzungen sei dies in den nächsten Monaten und Jahren besser zu bewältigen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis

**4.5 Sachstandsbericht Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud, Stand: 3. August 2021
2972/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.6 Personalbericht 2020

**(Der Personalbericht liegt als gebundene Fassung in der Sitzung aus)
3011/2021**

Frau Klimaszewska-Golan bittet darum, den Personalbericht 2020 in den Integrationsrat mitaufzunehmen.

Der Vorsitzende versichert, dass im Nachgang geklärt werden könne, ob der Personalbericht 2020 in den Integrationsrat gehen könne.

Die Vorlage wird zunächst zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

**6.1 Anfrage der CDU betreffend "Mini-Jobs bei der Stadt Köln"
AN/1376/2021**

**Beantwortung der Anfrage AN/1376/2021 - Minijobs bei der Stadt Köln
2854/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.2 Anfrage der SPD betreffend "Wie kann die Stadtverwaltung Arbeit im Homeoffice auch zukünftig ermöglichen und Flächenpotentiale nutzen?"
AN/1846/2021**

**Beantwortung der Anfrage AN/1846/2021
3185/2021**

MdR Dr. Krupp bittet darum, die Vorlage in die nächste Sitzung zurückzustellen.

Die Vorlage wird zunächst zurückgestellt.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Mündliche Anfrage betreffend "Eskalierende Einsätze der Ordnungskräfte"

MdR Karadag erkundigt sich nach den ordnungsbehördlichen Kontrollen im Nachtleben. Sie habe mehrere Berichterstattungen erhalten und habe auch selbst die Erfahrung gemacht, dass in Kneipen und in Bars in Ehrenfeld und im belgischen Viertel die Ordnungskräfte häufig mit sieben Personen aufträten. Dies teilweise sehr martialisch und bedrohlich, obwohl es sich um normale Außengastronomie und keine „Krawallbuden“ handle. Es wäre in diesem Zusammenhang bei den Kontrollen zu Eskalationen gekommen.

Grundsätzlich sei ein friedliches bürgernahes Miteinander gewünscht und es solle partnerschaftlich mit den Akteur*innen des Nachtlebens zusammengearbeitet werden. Eine Kontrolle solle nachvollziehbar sowie transparent, aber auch für die Beteiligten hinnehmbar sein. Das hieße für sie, dass sich die Unternehmer*innen nicht in ihrem Unternehmen gestört fühlen und auch die Gäste nicht in einer unangenehme Lage seien. Es sei gewünscht, ein gutes Miteinander zwischen den Unternehmerschaft und der Ordnungsbehörden zu etablieren.

Es sei notwendig, die Kontrollen für die Auflagen in dieser Ausnahmesituation der Pandemie durchzuführen, dies solle aber mit Augenmaß durchgeführt werden. Aus diesem Grund sei anzuregen, dass die Sachverhalte, die bei der Stadt aktenkundig seien, ganz besonders aufzuklären seien.

Weiterhin solle ein runder Tisch etabliert werden. Dabei sollen in einem institutionalisierten Format die Gastronomie, die Verwaltung und auch die Ordnungsbehörden sich und einen gemeinsamen Austausch über die Kontrollen und das Miteinander pflegen. Das Nachtleben solle konstruktiv und für alle nachvollziehbar gestaltet werden.

MdR Karadag führt weiter aus, dass die vorliegenden Beschwerden bei den gemischten Kontrollen (bestehend aus Ordnungsamt und Polizei) meist das Ordnungsamt betreffen und die Eskalation selten von der Polizei ausgehe.

Frau Stadtdirektorin Blome antwortet, dass es in der Natur einer Ordnungsbehörde liege, dass sie sich mit den zu kontrollierenden Unternehmen nicht immer einig sein könne. Im Zusammenhang mit der Coronaschutzverordnung gebe es gewisse Vorschriften, die einer Kontrollpflicht unterlägen. Diese werden natürlich in einer Verhältnismäßigkeit und mit Augenmaß durchgeführt. Diese Beschwerden von Gastronomen lägen ihr ebenfalls vor, die die häufigen Kontrollen in ihren Unternehmen nicht nachvollziehen können. In einer Besprechung mit dem Ordnungsdienst werde sie darauf hinweisen, die Verhältnismäßigkeit und das Augenmaß zu wahren. Einen runden Tisch werde sie gerne umsetzen, allerdings könne nicht besprochen werden, wer, wie, wo, wann kontrolliert werde. Dies würde dem Prinzip der unangekündigten Kontrollen im Echtbetrieb zu wider laufen. Es gebe weiterhin die Ordnungspartnerschaft Ringe (OPARI), diese ist auf die Zülpicher Straße ausgedehnt worden, zudem gehe man im Zusammenhang mit Lärmbeschwerden hotspotweise vor.

Frau Stadtdirektorin Blome lobt weiterhin besonders die gute Verbindung zwischen Ordnungskräften und der Polizei, die in Köln deutlich besser laufen würde als in anderen Städten.

Der Vorsitzende führt aus, dass er den Punkt mit dem runden Tisch nochmal aufgreifen wolle. Er bitte darum, einen Dialog mit den Gastronomen in Köln hinsichtlich der Frage aufzunehmen, was nun passiere, nachdem die Sondermaßnahmen nach Corona ausgelaufen seien. Es gehe auch um die Frage, was getan werden kann, um das Thema Außengastronomie weltstädtischer zu gestalten.

MdR Richter teilt mit, dass es so schiene, als ob einzelne Einsätze durch sehr strenge Regeln verteidigt werden und jeder kleinste Verstoß direkt geahndet werde. Dies habe seines Erachtens nach zur Folge, dass bestimmte Unternehmen nicht geöffnet hätten. Hier erwähnt er besonders den Fall in Ehrenfeld. MdR Richter bittet darum, die Fälle mit Augenmaß zu behandeln und eine gute Mitte zu finden.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Anmerkung. Die Verwaltung werde dieses zur weiteren Bearbeitung mitnehmen.

7.2 Mündliche Anfrage betreffend "Gästeanzahl bei Trauungen"

MdR Korinek erkundigt sich nach der Gästeanzahl bei Standesamtlichen Trauungen. Es sei zu begrüßen, dass mittlerweile wieder bis zu 20 Gäste zugelassen seien. Es stelle sich jedoch die Frage, wie die einheitliche Gästeanzahl von 20 zu begründen sei, da selbst bei unterschiedlichen Räumen, unterschiedlicher Größe, die Gästeanzahl gleich bliebe. Es wird eine schriftliche Erläuterung im Nachgang geben.

7.3 Mündliche Anfrage betreffend "Wahlmöglichkeiten unter Quarantänebedingungen"

MdR Cremer stellt folgende Frage im Zusammenhang mit der anstehenden Bundestagswahl: Es sei einem wahlberechtigten Menschen in Quarantäne nicht erlaubt, zum Briefkasten zu gehen. Er erkundigt sich daher, wie ein Mensch, der am Wahltag in Quarantäne sei, sein Wahlrecht ausüben könne.

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert führt aus, dass diese Frage und die Problematik nicht neu sei, da sich mit dem Thema Quarantäneverfügungen und Wahlgeschehen bereits zur Kommunalwahl 2020 auseinander gesetzt wurde. Sie könne daher versichern, dass für diese Problematiken Vorkehrungen getroffen worden seien. Niemand dürfe quarantänebedingt daran gehindert werden, sein Wahlrecht auszuüben. Auch im Falle einer ganz kurzfristigen krankheitsbedingten oder quarantänebedingten Verhinderung könnten kurzfristig Briefwahlunterlagen beantragt werden. Wer einer Quarantäne unterliege, sei aufgefordert, nicht ins Wahllokal zu gehen, sondern die Möglichkeiten der Briefwahl, die auch am Wahltag selbst bis 15 Uhr noch möglich seien, zu nutzen.

MdR Cremer fragt anhand folgenden Beispiels nach: Es erhalte jemand am Freitag oder Samstag die Quarantäneverfügung, dieser beantrage dann schnell die Zusendung der Briefwahlunterlagen, der Wahlbrief müsse am Sonntag da sein, um ausgezählt zu werden. Wahlbriefe, die am Montag da seien, könnten jedoch nicht mehr ausgezählt werden. Er erkundigt sich, wie dies denn funktioniere und ob Mitarbeiter*innen der Stadt oder einem speziellen Wahlvorstand zu den betroffenen Personen nachhause fahren würden, um den Brief abzuholen. Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Diemert antwortet, dass, um alle Spitzfindigkeiten der Wahl im Detail zu erörtern, ein bilaterales Gespräch wohl angebrachter sei. Sie führt weiter aus, dass die Sicherstellung der Ausführung des Wahlrechtes gegeben sei. Dafür gebe es in der Tat in Teilen die Möglichkeit einen Boten einsetzen zu können. Dies sei jedoch eine absolute Ausnahmesituation, da solche Möglichkeiten mit einem sehr hohen Aufwand verbunden seien.

8 Anträge

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

**10.1 Neueinteilung und Umbenennung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt
Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung eines Vorschlags und einer entsprechenden Ratsvorlage durch Ratsbeschluss vom 12.12.2019
1094/2021**

Diese Vorlage wird zurückgestellt

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**10.2 Änderung der Satzungen über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen)
1588/2021**

Beschluss:

1. Der Rat beschließt rückwirkend zum 01.01.2021 die Satzung über die Erhebung von Kostenersatz für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzung) in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.
2. Der Rat beschließt rückwirkend zum 01.01.2021 die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrgebührensatzung) in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**10.3 Projekte im Rahmen der Klimapartnerschaft mit Yarinacochoa
1687/2021**

Beschluss:

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün und der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales beschließen im Rahmen der Klimapartnerschaft mit Yarinacochoa die Durchführung folgender Projekte und der damit verbundenen Gewährung eines Zuschusses an die Stadt Yarinacochoa:

- Erhaltung der Biodiversität der Yarinacochoa Lagune durch die Errichtung von einer dezentralen Kläranlage, Zuschuss in Höhe von 268.327,43 Euro (Brutto)
- Umweltbewusstsein für Elektromobilität und Solarenergie in Yarinacochoa, Zuschuss in Höhe von 112.968,48 Euro (Brutto)

Die erforderlichen Finanzmittel stehen im Teilergebnisplan 1401, - Umweltordnung, - vorsorge zur Verfügung. Der Ausschuss stimmt einer hierfür erforderlichen Mittelum-schichtung in die Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen zu. Die Deckung erfolgt aus der Maßnahme Klimapartnerschaft mit Yarinacocha der Teilplanzeile 16 – Sonstige ordentl. Aufwendungen sowie durch Mehrerträge in der Teilplanzeile 2 – Zuwendungen und allg. Umlagen.

Die Finanzmittel 2022 werden in der kommenden Haushaltsplanung für das Jahr 2022 in der Teilplanzeile 15 berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**10.4 Schulrechtliche Änderung der drei Grundschulen Ernst-Moritz-Arndt-Schule, EGS Mainstraße 75, 50996 Köln-Rodenkirchen, Albert-Schweitzer-Grundschule, GGS Zum Hedelsberg 13, 50999 Köln-Weiß und der Brüder-Grimm-Schule, GGS Sürther Hauptstraße 149, 50999 Köln-Sürth zum Schuljahr 2022/23
2482/2021**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

- 1) Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Zügigkeit der Ernst-Moritz-Arndt-Schule, Evangelische Grundschule, aktuell Mainstraße 75, 50996 Köln-Rodenkirchen, zukünftig Sürther Straße 201, 50999 Köln-Rodenkirchen gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW zum Schuljahr 2022/23 von 3 auf 5 Züge auszubauen.
- 2) Der Rat der Stadt Köln beschließt gleichzeitig, die vorübergehend erhöhte Zügigkeit der Albert-Schweitzer-Grundschule, Zum Hedelsberg 13, 50999 Köln-Weiß gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW zum Schuljahr 2022/23 von 4 wieder auf 3 Züge abzubauen.
- 3) Der Rat der Stadt Köln beschließt gleichzeitig, die vorübergehend erhöhte Zügigkeit der Brüder-Grimm-Schule, Sürther Hauptstraße 149, 50999 Köln-Sürth gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW zum Schuljahr 2022/23 von 5 wieder auf 4 Züge abzubauen.
- 4) Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung die Anträge gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung der Zügigkeitsänderungen zu den Punkten 1., 2. und 3. zu stellen.
- 5) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei der Ausführung der Beschlüsse zu den Punkten 1., 2. und 3. die sofortige Vollziehung gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 4 VwGO (besonderes öffentliches Interesse) anzuordnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**10.5 Öffentliches Silvesterfeuerwerk
3047/2021**

MdR Richter teilt mit, dass es sich um die Vorlage basierend auf dem Ratsbeschluss handele. Es solle rechtliche Prüfungen geben, welche die Reduzierung des privaten Feuerwerks in der Innenstadt prüfen und die Möglichkeit dafür ein zentrales Feuer-

werk stattfinden zu lassen. Es wurde jedoch vom Rechtsamt ausgeführt, dass es hier entsprechende Hürden geben würde. Hier gebe es für Ende des Jahres 2022 Nachfragen und es solle tiefer in das Thema eingestiegen werden. Punkt 1 der Beschlussvorlage solle zugestimmt werden. Punkt 2 solle zurückgestellt werden, um in eine weitere Beratungsphase einsteigen zu können.

MdR Dr Krupp führt aus, dass die Verbotszone so nicht ausgeführt werden könne, aus der Ratssitzung sei hervorgegangen, dass es sich nicht um die Gefährlichkeit des Feuerwerks handele, sondern umweltpolitische Hintergründe habe, weshalb dieses Thema in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden sei. Dies sei aber so nicht umsetzbar und daher sei Punkt 1 zuzustimmen und Punkt 2 werde rechtlich nicht funktionieren und werde daher zu Recht zurückgestellt.

MdR Görzel führt aus, er könne die Ausführungen des Kollegen Dr. Krupp sehr gut nachvollziehen. Er werde Punkt 2 ebenfalls nicht zustimmen.

MdR Tokyürek begrüßt den Vorschlag für die Vorgehensweise von Herrn Richter, Punkt 1 zu beschließen und Punkt 2 zurückzustellen. Sie führt weiter aus, dass es viele Gründe dafür gegeben habe, warum der Beschluss gemacht wurde. Das er letztendlich rechtlich nicht umsetzbar sei, sei eine andere Sache. Die Argumente, die in der Ratssitzung im März ausgetauscht worden seien, seien dennoch sehr wichtig gewesen. Das Thema sei von der Stadtgesellschaft ebenfalls mit hohem Interesse verfolgt worden.

Der Vorsitzende lässt über die Streichung von Punkt 2 abstimmen und in der geänderten Form beschließen.

Der Ausschuss beschließt, Punkt 2 zu streichen. Der Punkt 1 wird einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, zu Silvester 2021 auf dem Roncalliplatz ein kulturelles Rahmenprogramm analog der Vorjahre - mit einem partizipatorischen und integrativen Bühnenprogramm, ergänzt durch Fassadenprojektionen der unmittelbaren Domumgebung zu realisieren. Voraussetzung dafür ist, dass die Pandemielage eine solche Veranstaltung zulässt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

11.1 Genehmigung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 2. Halbjahr 2021 2625/2021

MdR Marx erkundigt sich, ob die Weihnachtsmärkte entgegen dem, wie es üblicherweise gehandhabt worden sei, früher stattfinden könnten. Üblicherweise hätten die Weihnachtsmärkte erst nach dem Totensonntag eröffnet werden können. Dies sei in anderen nordrhein-westfälischen Städten (wie zum Beispiel Bonn oder auch im Ruhrgebiet) etwas großzügiger behandelt worden. Er habe auf Nachfrage von der Verwaltung die Rückmeldung bekommen, in der Verwaltung könne man sich das gut vorstellen.

len. Er erkundigt sich, ob es zum einen zu diesem Thema in der Verwaltung schon eine abgestimmte Meinung gebe und ob es zum anderen hinsichtlich einer Vorverlegung der Öffnung der Weihnachtsmärkte eines politischen Beschlusses bedürfe oder ob die Verwaltung das von sich aus machen könne.

Frau Stadtdirektorin Blome führt aus, die Gespräche bezüglich der Weihnachtsmärkte laufen. Sie wolle sich zunächst erstmal eine Verwaltungsmeinung einholen und im Nachgang nochmal auf Herrn Marx zukommen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Gez. Bernd Petelkau
(Vorsitzender)

Gez. Anja Siemon
(Schriftführerin)